

Rainer Dahlem
GEW-Landesvorsitzender

Stuttgart, 7. März 2007

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Begrüßung beim Berufsschullehrer/innentag am 07.03.2007
Evaluation an Beruflichen Schulen – Qual oder Qualität?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

zu unserem baden-württembergischen Berufsschullehrer/innentag darf ich Sie/euch ganz herzlich begrüßen. Unsere Fachtagung steht unter dem Thema „Evaluation an Beruflichen Schulen – Qual oder Qualität?“ – zugegeben, ein etwas provozierender Titel.

Wir werden am heutigen Vormittag zwei Referate hören und in einem sich daran anschließenden Round-Table-Gespräch die dabei angesprochenen Aspekte näher beleuchten.

Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, hochkarätige und profilierte Expertinnen und Experten zu gewinnen:

- die Direktorin des Landesinstituts für Schulentwicklung in Baden-Württemberg, Frau Professorin Suzan Bacher
 - den Leiter der Abteilung Berufliche Schulen im Kultusministerium Baden-Württemberg, Herrn Ministerialdirigent Klaus Lorenz
- und
- Prof. Dr. Hans-Günter Rolff, der 1973 – also zu einem Zeitpunkt, als das Thema Schul- und Qualitätsentwicklung noch nicht in aller Munde war, an der Universität Dortmund das Institut für Schulentwicklung gegründet und geleitet hat. Er wird uns den

Blick über den baden-württembergischen Tellerrand hinaus ermöglichen.

Ihnen dreien ein herzliches Willkommen bei der GEW Baden-Württemberg.

In den Workshops am Nachmittag werden wir dann das Thema differenziert von unterschiedlichen Blickwinkeln aus vertiefen.

Ich begrüße alle Referentinnen und Referenten sowie Moderatorinnen und Moderatoren der Workshops – vielen Dank für die Bereitschaft, an unserer Fachtagung aktiv mitzuwirken.

Aus organisatorischen Gründen müssen wir das Programm des heutigen Vormittags etwas umstellen. Prof. Rolff hatte gestern Abend noch einen unaufschiebbaren Termin in Düsseldorf und konnte heute Vormittag erst anreisen. Wir erwarten ihn gegen 10.30 Uhr, so dass wir die beiden Referate des Vormittags einfach tauschen und Herr Lorenz anschließend das erste Wort haben wird.

Sehr herzlich begrüße ich auch eine ganze Reihe von Gästen:

Die SPD-Landtagsfraktion ist vertreten durch unseren Kollegen Gunter Kaufmann, von Bündnis 90/Die Grünen begrüße ich unseren Kollegen Siegfried Lehmann. Entschuldigt hat sich der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Volker Schebesta.

Ich begrüße die Vorsitzende des Landesschulbeirats Frau Schöffel-Tschinke, Vertreterinnen und Vertreter der Ausbildungsseminare der IG Metall in Frankfurt sowie Frau Dr. Ekaterina Kouli vom Baden-Württembergischen Handwerkstag.

Den weitesten Weg hat ein GEW-Kollege aus Bremen auf sich genommen – Sie/euch alle heiße ich herzlich willkommen.

Ich will in meiner Begrüßung kein Koreferat zur Qualitätsentwicklung und Evaluation halten, sondern auf drei Aspekte hinweisen, die aus

Sicht der GEW im Zusammenhang des gesamten Qualitätsentwicklungsprozesses besonders wichtig sind.

1. Alle Prozesse der Qualitäts- und Schulentwicklung, der Selbst- und Fremdevaluation werden nur dann erfolgreich sein, wenn sie mit den Lehrerinnen und Lehrern und nicht ohne oder gar gegen sie auf den Weg gebracht werden. Es gilt, Betroffene zu Beteiligten zu machen, um ein fast schon abgegriffenes Schlagwort zu benutzen.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach den Entscheidungs- und Beteiligungsstrukturen an den Schulen. Wenn der Weg zur „Operativ Eigenständigen Schule“ unumkehrbar ist, dann geht es darum, nicht nur die Schulleiterinnen und Schulleiter in ihrer Rolle zu stärken, ihnen also mehr Entscheidungskompetenz und damit Macht zu geben, sondern es geht auch darum, die Rechte der Kolleginnen und Kollegen dabei nicht aus den Augen zu verlieren.

Wenn Personalführung und Personalmanagement, wenn Leistungsbezahlung – wie es die Landesregierung plant – in die Kompetenz der Schulleiterinnen und Schulleiter gegeben wird, dann müssen in gleicher Weise auch die Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten der Lehrerinnen und Lehrer gestärkt werden.

Mit anderen Worten: Wir brauchen nicht nur eine Diskussion darüber, wie Schulleiterinnen und Schulleiter gestärkt und für ihre neuen Aufgaben qualifiziert werden, sondern auch darüber, wie die Beteiligungsstrukturen neu ausbalanciert werden.

Viele Kolleginnen und Kollegen betrachten diesen Prozess mit großer Skepsis. Sie befürchten – ob zu Recht oder zu Unrecht sei einmal dahingestellt –, dass demokratische Entscheidungen in eigenständigeren Schulen mehr und mehr auf der Strecke bleiben. Verstärkt wird diese Skepsis mit der Beobachtung, dass sich der Staat immer mehr aus seiner Verantwortung im Bildungsbereich zurückzieht.

Und schließlich muss auch die Frage erlaubt sein, ob Instrumente der Qualitätsentwicklung und Personalführung, wie sie in privaten Unternehmen eingesetzt werden, für öffentliche Bildungseinrichtungen tauglich sind.

Wer mich kennt, weiß, dass ich nicht zu denen gehöre, die alles Neue mit dem neoliberalen Etikett versehen und ablehnen. Ganz im Gegenteil – Ich halte gemeinsame Zielfindungsprozesse, Rechenschaftslegung und Personalführung auch und gerade in öffentlichen Bildungseinrichtungen für notwendige Voraussetzungen für Qualitätsentwicklung. Gerade weil das so ist, brauchen wir an den Schulen eine neue Balance zwischen Führung auf der einen und demokratischer Beteiligung auf der anderen Seite.

Die GEW und ihre Personalräte, ihre Beauftragten für Chancengleichheit und die Schwerbehindertenvertretungen werden deshalb auch in Zukunft sorgfältig darüber wachen, dass die Beteiligung der Betroffenen nicht zu einer leeren Phrase wird, sondern dass alle Prozesse der Schul- und Qualitätsentwicklung durch ein Höchstmaß an Beteiligung und demokratischer Mitbestimmung abgesichert sind.

2. Lehrerinnen und Lehrern wird in diesen Zeiten einiges abverlangt. Die wissenschaftlichen Lehrerinnen und Lehrer an Beruflichen Schulen hatten in den letzten Jahren nicht nur zwei Deputatserhöhungen zu verkraften, sondern auch eine Reihe materieller Einschnitte – von der Streichung des Urlaubsgeldes über die Kürzung des Weihnachtsgeldes bis hin zur Streckung der linearen Besoldungserhöhung im Jahr 2008.

Hinzu kommen ständig zusätzliche Aufgaben.

Kein Wunder also, wenn bei vielen Kolleginnen und Kollegen die Grenze der Belastbarkeit längst erreicht ist.

Da erscheint die Fürsorge der Landesregierung geradezu wohl-tuend und rührend. Auf Seite 30 der Koalitionsvereinbarung vom

Mai 2006 heißt es: „Bei Lehrern streben wir eine nennenswerte Verlängerung der tatsächlich geleisteten Lebensdienstzeit an. Teilzeit, Teildienstfähigkeit und Altersermäßigung sollen hierfür zu wirkungsvollen Instrumenten entwickelt werden. Wir wollen darüber hinaus, dass in einer Vereinbarung zwischen Kultusministerium und Finanzministerium konkrete Verlängerungsziele vereinbart werden. Einsparungen kommen überwiegend dem Haushalt zugute und werden zur Zielerreichung teilweise für Fördermaßnahmen wie zum Beispiel Weiterbildung, Supervision, Prävention sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz der Lehrerschaft eingesetzt. Niemand wird etwas dagegen einzuwenden haben, wenn Lehrerinnen und Lehrer länger gesund bleiben und länger in Gesundheit arbeiten können.“

Was aber tut der Kultusminister? Er plant, die einstündige Altersermäßigung für 55- bis 59jährige wissenschaftliche Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien und Beruflichen Schulen zum Schuljahresbeginn 2007/2008 zu streichen und damit weitere 286 Stellen wegzusparen.

Welch ein Widerspruch zu Geist und Inhalt der Koalitionsvereinbarung!

Die geplante Maßnahme konterkariert aber nicht nur die Koalitionsvereinbarung, sondern sie steht auch im Widerspruch zu der Verständigung zwischen der Landesregierung und den Gewerkschaften vom November 2006, in der Ministerpräsident Oettinger zugesichert hat, bis zur Landtagswahl 2011 keine weiteren Einschnitte in Besoldung und Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten vorzunehmen.

Ich kann allen betroffenen Lehrerinnen und Lehrern heute versichern, dass die GEW in den letzten Tagen alles unternommen hat, um diese unsinnige Maßnahme zu verhindern.

In einem Brief an den Ministerpräsidenten habe ich den Standpunkt der GEW noch einmal dargestellt: „Die GEW hat bei verschiedenen Anlässen deutlich gemacht, dass sie bereit ist, mit

der Landesregierung über wirksame Maßnahmen zu verhandeln und Vereinbarungen zu treffen, um die Zahl der Frühpensionierungen zu reduzieren. Eine Streichung der Altersermäßigung für einzelne Lehrergruppen mit der Begründung, Gerechtigkeit und Gleichbehandlung herzustellen, wird in den Lehrerzimmern zu Recht als Provokation empfunden. Sie erschwert es darüber hinaus, konstruktive Lösungen zu entwickeln und zu vereinbaren, um Lehrerinnen und Lehrern eine längere Verweildauer in ihrem Beruf zu ermöglichen.“

Ich zitiere noch einmal die Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP vom Mai 2006; auf Seite 29 steht: „Eine sichere Unterrichtsversorgung ist die Grundlage eines soliden und leistungsfähigen Schulsystems.

In den kommenden Jahren wird die Schülerzahl zurückgehen. Alle aufgrund rückläufiger Schülerzahlen rechnerisch frei werdenden Lehrerstellen wollen wir für bildungspolitische Maßnahmen – vor allem für die frühkindliche Bildung, für den Ausbau der Ganztagschulen und den Aufbau eines Systems der Schulevaluation – einsetzen.“

Die Wirklichkeit ist eine andere. Zu Beginn des Schuljahres 2006/2007 streicht – pardon sperrt – die Landesregierung 521 Lehrerstellen. Durch die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung bei Referendarinnen und Referendaren werden weitere 349 Stellen weggespart – macht zusammen 870 Stellen. Käme die Streichung der Altersermäßigung hinzu, so wären dies weitere 286 Stellen.

Insgesamt also 1.126 Stellen.

Auch die Beruflichen Schulen sind von diesen Kürzungen betroffen, obwohl die Zahl der Schülerinnen und Schüler dort noch mindestens bis zum Jahr 2010 ansteigen wird.

Auch hier gilt deshalb: Die Glaubwürdigkeit der Landesregierung steht auf dem Spiel. Qualitätsentwicklung kann es nicht zum Nulltarif geben.

Ich will nicht falsch verstanden werden: Die GEW ist nicht gegen mehr Qualität an den Schulen – ganz im Gegenteil. Worauf es jedoch ankommt ist, dass in diesem Qualitätsentwicklungsprozess der Blick nicht nur auf den so genannten Output, also auf das was hinten rauskommt, gerichtet wird, sondern dass in gleicher Weise auch die Rahmenbedingungen beachtet werden. Es kann nicht sein, dass sich die Unterrichtsversorgung in den nächsten Jahren verschlechtert, die Arbeitszeit erhöht wird und am Ende trotzdem mehr Qualität stehen soll.

Wer vom Umsteuern im Bildungssystem spricht, darf nicht nur den Output betrachten, sondern muss auch dafür sorgen, dass der Input stimmt.

Deshalb sage ich abschließend: Die GEW Baden-Württemberg steht zu einer Qualitätsverbesserung. Sie wird aber auch in Zukunft mit Nachdruck fordern, dass dafür die Rahmenbedingungen entsprechend geschaffen werden.

Zum guten Schluss danke ich allen, die an der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung unserer heutigen Fachtagung beteiligt waren – insbesondere den beiden Landesfachgruppenausschüssen Berufliche Schulen, stellvertretend nenne ich die Kollegin Georgia Kolb sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Landesgeschäftsstelle, allen voran der Kollegin Monika Dehmelt. Die Durchführung einer solch großen Tagung stellt auch die GEW immer wieder vor neue Herausforderungen; insofern hoffe ich, dass die heutige Tagung gelingt, und wünsche einen guten Verlauf.